

sollte aber noch mehr als ein Jahrzehnt vergehen, bis diese weit blickende Forderung erfüllt wurde. Im September 1918 griff der Deutsche Jugendfürsorgetag diese Forderung wieder auf. Das Erziehungsgesetz sollte im Jugendwohlfahrtsgesetz realisiert werden, wonach die Jugendwohlfahrt (Jugendpflege und Jugendfürsorge) neben den Erziehungsinstanzen Familie, Schule, Kirche und Arbeitswelt für die Einlösung des Erziehungsanspruchs jedes Jugendlichen verantwortlich sein sollte.

2. Jugendsozialarbeit im Wohlfahrtsstaat der Weimarer Republik

2.1 Gesetzliche Grundlagen

Nach den tief greifenden Erschütterungen des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution von 1918 gelang es den gemäßigten Kräften von Sozialdemokraten, katholischem Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei, die sich zur „Weimarer Koalition“ zusammenschlossen, die Grundlagen für einen modernen Wohlfahrtsstaat zu schaffen. Die neue Reichsverfassung von 1919 bot die Voraussetzung für die Einführung eines reichseinheitlichen Jugendwohlfahrtsgesetzes, wie es der Deutsche Jugendfürsorgetag gefordert hatte. Nach langwierigen Verhandlungen wurde am 14. Juni 1922 das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG) im Reichstag verabschiedet. §§ 3 und 4 RJWG enthielten die für Jugendberufshilfe und Jugendsozialarbeit maßgebenden Aufgaben des neuen Jugendamtes: Mitwirkung bei der Beaufsichtigung der Arbeit von Kindern und Jugendlichen, Förderung von Einrichtungen zur Beratung der Jugendlichen und zur „Wohlfahrt der schulentlassenen Jugend“. § 49 RJWG sah ferner als Kannbestimmung „Aufwendungen für eine über die Erwerbsbefähigung hinausgehende Berufsvorbildung“ vor. Kommentatoren des Gesetzes betonten die Erziehungsarbeit und die vorbeugenden Maßnahmen der Jugendpflege. Die Gesellschaftspolitik würde „die Erzielung einer möglichststen Ertüchtigung im Beruf“ verlangen (*Weber* 1923, S. 62). Zu den Aufgaben der Wohlfahrt für die schulentlassenen Jugendlichen rechneten sie die Beratung bei der Berufswahl und die Errichtung von Wohnheimen.

Dem RJWG waren Gesetze und Verordnungen vorausgegangen, die wichtige Voraussetzungen für Maßnahmen der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit boten. Bereits wenige Tage nach dem Sturz der Monarchie erließ am 13. November 1918 der Rat der Volksbeauftragten in Erwartung der nach dem Krieg schnell ansteigenden Arbeitslosigkeit die Erwerbslosenfürsorgeverordnung, mit der die gesetzlichen Anfänge der Arbeitslosenunterstützung geschaffen wurden. Sie erfuhr eine mehrmalige Aus- und Um-

DZI-Kolumne Friedenswahlen

In diesem Frühjahr war das Wort „Sozial“ schier allgegenwärtig. Von Plakatwänden, auf riesigen Werbeobjekten in Hauptbahnhöfen, in Anzeigen blickte uns ein roter, lächelnder Briefumschlag entgegen und warb um Aufmerksamkeit für die „Sozialwahlen 2005“. 46 Millionen Wahlberechtigte sollten bis zum 1. Juni die Selbstverwaltungen in den gesetzlichen Krankenkassen und Rentenversicherungen für die nächsten sechs Jahre neu bestimmen.

Richtig. Wichtig. So lautete der Slogan für die Sozialwahlen. Doch genau diese Attribute machen ihnen viele kritische Stimmen streitig. Dabei geht es weniger um die Kosten – 50 Millionen Euro, davon acht Millionen für die Werbekampagne. Bezweifelt wird vor allem, dass die Verwaltungsräte nennenswerten Entscheidungsspielraum haben. Seit der ersten Sozialwahl 1953 hat der Gesetzgeber die Gestaltung der Sozialversicherung immer mehr in eigene Hände genommen. Die Funktion der Verwaltungsräte beschränkt sich praktisch auf die Kontrolle der Haushalte und Verwaltungskosten. Aber selbst die nähmen sie unzureichend wahr, sagt CSU-Gesundheitsexperte *Horst Seehofer* mit Blick auf den Skandal um überhöhte Vorstandsgehälter in der Krankenversicherung.

Heftig kritisiert wird auch das Verfahren der „Friedenswahlen“. Bei 340 von insgesamt 351 Versicherungsträgern haben sich Gewerkschaften und Verbände zuvor auf ihre jeweiligen Kandidatenlisten verständigt, das heißt die Wählerinnen und Wähler können nur darüber entscheiden, ob sie beispielsweise der Liste der Gewerkschaften oder der von christlichen Verbänden ihre Stimme geben. Der Bonner Jurist Professor Dr. *Raimund Wimmer* beurteilt dieses Verfahren in der *Neuen Juristischen Wochenschrift* als „undemokratisch und verfassungswidrig“.

Jetzt sind die Sozialwahlen vorbei. Die Wahlbeteiligung betrug rund 30 Prozent. Bis zur nächsten Wahl 2011 gibt es viel zu tun, damit die wichtige Idee der Selbstverwaltung mit neuem Leben erfüllt wird.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de